



www.dielinke-teltow-flaeming.de

Kreisverband und Kreistagsfraktion Teltow-Fläming

Wählen gehen !

Die Kommunalwahlen stehen kurz bevor, die Vorbereitungen sind in vollem Gange, Plakate werden angebracht, Flyer verteilt, Bürgergespräche geführt. Im ganzen Land Brandenburg sind unsere Genossinnen und Genossen damit beschäftigt, Bürgerinnen und Bürger aufzurufen, an den Wahlen zu Ortsvorsteher oder Ortsbeiräten, Gemeindevertretungen, Stadtverordnetenversammlungen und Kreistagen teilzunehmen.

Viele Monate der Vorbereitung liegen hinter uns und nun sehen wir dem intensiven, konzentrierten Wahlkampf entgegen, um unsere Mitmenschen zu bewegen, aktiv am politischen Entscheidungsprozess teilzunehmen.

Denn bei Kommunalwahlen wird über Politik vor Ort entschieden. Jedes Dorf, jede Stadt oder Gemeinde in Teltow-Fläming hat ihre eigenen Sorgen und Probleme. Während im Norden unseres Landkreises der Bau des Großflughafens Brandenburg International (BBI) einen großen Schwerpunkt darstellt, ist es in den südlicheren Regionen die Abwanderung vor allem jüngerer Menschen, die besondere politische Aufmerksamkeit erfordert.

Ein zentrales Thema ist und bleibt soziale Gerechtigkeit. DIE LINKE will im Kommunalwahlkampf zeigen, dass ein Politikwechsel hin zu einer

wirklich sozial gerechteren Politik möglich ist. Kompetente Arbeit und persönliche Glaubwürdigkeit haben in den letzten Jahren dazu beigetragen, dass linke Politik zunehmend Anerkennung und Unterstützung findet und über erhebliches politisches Gewicht in den Kommunen verfügt.

Der Gang zur Wahlurne sollte ein wichtiger Teil im Leben aller Bürgerinnen und Bürger sein, aktiv an der Entwicklung und Verbesserung der Lebensbedingungen im eigenen Dorf, in der eigenen Stadt oder Gemeinde teilzunehmen.

Denn zur Wahl gehen ist keine Pflicht, sondern ein Recht, das Recht, nach demokratischen Grundsätzen die politische Entwicklung zu beeinflussen und mit der eigenen Stimme Vertreter zu wählen, die die Belange der Bürgerinnen und Bürger durchsetzen.

Vor allem jungen Menschen muss nahegebracht werden, dass ihre Stimme ein politisches Gewicht hat, dass aktive Teilnahme an Wahlen unbedingt erforderlich ist und dazu beiträgt, die Zukunft zu steuern. Denn wer nicht selbst wählen geht, für den entscheidet andere.

Machen Sie ihr Kreuz an der richtigen Stelle mit dem Wissen, dass Ihre Stimme ein wichtiger Bestandteil unserer Demokratie ist.

Tina Senst, Luckenwalde

Wir stellen vor:

Kandidaten zu den Kommunalwahlen im Kreis Teltow-Fläming

Seiten 2 und 3

Widerstehen . . .

gegen die braune Gefahr - Meinungen, Fakten, Aktionen

Seiten 4, 5 und 10

Teltow-Fläming im Bild



Märtensmühle

Zitiert ...

Über Vergangenes mach dir keine Sorgen, dem Kommenden wende dich zu.

Tseng-Kuang



KOMMUNALWAHLEN 2008

DIE LINKE.

Einer von uns

Steffen: Viele wissen, dass Du in die Leitlinien der LINKEN wichtige Punkte zur Umweltpolitik eingebracht hast. Daher fragen sich viele: Wer ist Carsten eigentlich? Stell Dich doch mal kurz vor.

Carsten Preuss: Zunächst bin ich gebürtiger Brandenburger und mittlerweile 45 Jahre alt, verheiratet und habe einen Sohn. Seit 1999 wohne ich in Zossen, zuvor lebte ich in Sperenberg. Ich bin evangelisch, und das nicht aus Zufall. Erst unlängst verkündete Gregor Gysi: Er glaube zwar nicht an Gott, doch ihn grause vor einer gottlosen Gesellschaft.

Steffen: Wie ich weiß, setzt Du Dich sehr für die Umwelt ein, wie bist du dazu gekommen?

Carsten Preuss: Ich bin gelernter Landwirt und habe auch Landwirtschaft und Umweltschutz studiert. Bis 1990 habe ich in der Landwirtschaft gearbeitet und seit 1991 arbeite ich in der Kreisverwaltung im Amt für Landwirtschaft und Umwelt. Zudem bin ich ehrenamtlich u.a. im Umwelt- und Naturschutz engagiert.

Steffen: Bist Du nicht auch noch Mitglied in verschiedenen Vereinen?

Carsten Preuss: Zum einen bin ich Vorsitzender des Fördervereins Naturpark Baruther Urstromtal, dann bin ich noch Vorstandsmitglied des Kuratoriums des Naturparks Nuthe-Nieplitz-Niederung und auch noch Mitglied im Landesvorstand des BUND Brandenburg.

Steffen: Du kandidierst für die SVV in Zossen. Welche politische Erfahrungen hast Du denn schon gesammelt?

Carsten Preuss



Carsten Preuss: In Sperenberg war ich schon einige Jahre in der Gemeindeversammlung vertreten. Das kam durch die damalige Bürgerinitiative Sperenberg, die sich bekanntlich gegen den Bau des Großflughafens BBI einsetzte. Der Einsatz war ja letztlich auch erfolgreich.

Zurzeit bin ich noch berufener Bürger im Ausschuss Kultur-Tourismus-Landesgartenschau (KTL) der Stadt Zossen.

Ich kandidiere für die SVV, weil weder tatenloses Zusehen noch pures Kritisieren die Gesellschaft weiter nach vorne bringen. Stattdessen will ich eigene Vorschläge, Ideen und Engagement einbringen, um die Zukunft aktiv mitzugestalten.

Es gilt Zossens Potenziale auszubauen, statt sie zu verbauen.

Steffen: Das hört sich ja jetzt schon nach viel Arbeit an. Was ist nun, wenn Du gewählt wirst? Schaffst Du dann auch ordentliche Arbeit in der SVV?

Carsten: Ich werde mich bemühen wie bei all meinen Sachen, zu denen ich mich bereit erklärt habe.

Die Arbeit in der SVV wird jedes Mal zuvor in der Fraktion besprochen. An den Fraktionssitzungen habe ich auch in den vergangenen Jahren schon teilgenommen.

Steffen: Wofür würdest Du Dich in der SVV besonders stark machen?

Carsten Preuss: Das sind Umweltthemen, z.B. die Solaranlage auf der Goethe-Schule.

Dann liegt mir der Tourismus am Herzen, z. B. der Panoramaweg in den Mühlenbergen.

Zudem will ich mich für die Erarbeitung eines Stadtentwicklungskonzeptes einsetzen und für ein stärkeres Gewicht der SVV bei Entscheidungsprozessen in der Stadt.

Steffen: Abschließend noch eine Frage: Warum kandidierst Du gerade für DIE LINKE, denn Du bist ja parteilos?

Carsten Preuss: Meine Erfahrungen als berufener Bürger im Ausschuss KTL haben gezeigt, dass ich am besten mit der LINKEN zusammenarbeiten kann.

Es ist schön, wie man hier auf konstruktive Vorschläge eingeht und sie auch annimmt - siehe Leitlinien. Aber auch meine politischen Einstellungen sind nahe bei den Zielen der neuen LINKEN. Vielleicht werde ich ja noch ein fester Bestandteil der Partei, aber zurzeit liegt mir die Unabhängigkeit mehr.

Steffen: Ich danke Dir für das aufschlussreiche Gespräch und wünsche Dir viel Erfolg.

Steffen Sloty, Zossen





Kommunalwahlen 2008

Unser Kandidat: Hans-Jürgen Thiemes

Christa: Hans-Jürgen, Du willst für den Kreistag Teltow-Fläming und die Gemeinde Am Mellensee kandidieren. Stellst Du Dich unseren Lesern bitte kurz vor?

Hans-Jürgen: Ich wohne noch heute in Sperenberg, meinem Geburtsort. Nach der Schulzeit besuchte ich die EOS (Erweiterte Oberschule – heute Gymnasium) in Ludwigsfelde, studierte nach dem Abitur die Fächer Biologie und Polytechnik an der Pädagogischen Hochschule Potsdam. Ab 1965 arbeitete ich als Lehrer an der Schule Klausdorf, danach an der Schule Sperenberg. Heute bin ich Rentner. Ich bin verheiratet und habe zwei Kinder.

Christa: Wie hast Du Dich bisher in der Öffentlichkeit engagiert?

Hans-Jürgen: Ich habe mehrere Jahre als Abteilungsleiter für Tischtennis und als Vorsitzender des KSV Sperenberg gearbeitet. Eine Wahlperiode war ich Mitglied der Gemeindevertretung in



Sperenberg und der Gemeinde Am Mellensee.

Christa: Welche Schwerpunkte sind Deiner Ansicht nach in der Arbeit der Kommunalvertretungen zu setzen?

Hans-Jürgen: Für den Kreis setze ich Schwerpunkte in folgenden Themen:

- Gute Bildung für alle und die Erhaltung der Schullandschaft
- Wiedereröffnung geschlossener Schulen
- Verstärkte Kooperation von Schule und Wirtschaft
- Kostenlose KITA-Plätze und kostenloser Schülertransport
- Kampf gegen den Rechtsextremismus.

In der Gemeinde setze ich auf:

- Annäherung der Ortsteile
- Entwicklung des Tourismus
- Nutzung des ehemaligen Flugplatzgeländes zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Erhaltung der Natur

Christa: Auf welchem Gebiet würdest Du gern wirksam werden?

Hans-Jürgen: Bildung, Jugend und Sport, Tourismus

Christa: Ich bedanke mich für das Gespräch und wünsche Dir, dass Du als Volksvertreter oder in ehrenamtlichen Gremien an der Lösung dieser Aufgaben mitarbeiten kannst.

Christa Zernick, Am Mellensee

Unsere Kandidatin: Bärbel Briesemeister stellt sich vor

Ich kandidiere für DIE LINKE in Luckenwalde.

Da ich aber nicht nur kandidieren, sondern auch gewählt werden möchte, stelle ich mich heute vor.

Mein Name ist Bärbel Briesemeister, ich bin 50 Jahre. Im VEB Volltuch habe ich den Beruf der Textilfacharbeiterin erlernt und sieben Jahre in diesem Beruf gearbeitet. Meinen Wunschberuf Verkäuferin habe ich im zweiten Bildungsweg erlernt und ich habe bis 2001 in verschiedenen Verkaufsstellen gearbeitet.

Jetzt bin ich seit sieben Jahren arbeitssuchend. Meine Bemühungen, Arbeit zu finden, blieben bislang ohne Erfolg. Ich habe meinen Beruf immer engagiert und zuverlässig ausgeübt, aber es hat mir bisher niemand eine neue Chance gegeben.

Es geht mir zwar wie vielen Menschen in diesem Land, doch meine Situation belastet mich sehr und macht mich zunehmend unzufriedener.

Dass ich nicht Schuld an dieser Situation habe, hilft mir auch nicht weiter.

Die gegenwärtige Politik sucht meiner Meinung nach nicht mal einen Ausweg, um die Situation zu verändern.

Ein Sozialstaat, obwohl davon immer geredet wird, ist das schon lange nicht mehr. Aber auch in anderen sozialen Bereichen sieht es nicht viel anders aus. Ungleiche Bildungschancen, eine unsoziale Gesundheitspolitik und militärische Einmischung in die Angelegenheiten anderer Länder, das alles finde ich unerträglich und will das nicht widerspruchslos hinnehmen.



Meine Partei DIE LINKE hat diese existenziellen Fragen in ihr Wahlprogramm aufgenommen, kämpft gegen die unsoziale Politik und setzt sich für den Frieden ein.

Ich möchte gerne dabei sein. Deshalb hoffe ich, mir wird dazu nach der Wahl die Möglichkeit gegeben.

Bärbel Briesemeister

Die Nazis haben mir nichts Gutes gebracht

Jahrgang 1935 – hineingeboren in das Reich der Nationalsozialisten – ich, ein kleines Kind. Das deutsche Volk, zum großen Teil begeistert von den braunen Machthabern, hatte zwei Jahre zuvor auf mahnende Stimmen nicht gehört. Diese waren auch in der Minderzahl.

Ohne von den Zusammenhängen zu ahnen beziehungsweise zu wissen, haben mir die Nazis nichts Gutes beschert.

Mein Vater wurde mir weggenommen. Er wurde als einer der ersten 1939 in den Krieg geschickt, denn er war ein Gewerkschafter und konnte seinen Mund nicht halten.

Meine Mutter arbeitete bei der Post und hatte so manche Todesmeldung in die Familien bringen müssen: „Gefallen für Volk und Vaterland!“

Später musste sie in der Munitionsfabrik Töpchin arbeiten: Alles für den „Sieg“, hieß es da. Angst war unsere

tägliche Begleitung – Angst, dass der Vater nicht wiederkommt. Er hatte Glück und kam dann aus der Gefangenschaft zurück. Noch jahrelang hatte er Albträume.

In den letzten Jahren des Krieges mussten wir fast jede Nacht in den Keller wegen des Fliegeralarms. Noch Jahre später konnte ich weder eine Sirene noch Flugzeuggebrumm ohne Grausen hören.

Ich erinnere mich an Einquartierungen von Landsern. Später nahmen wir Flüchtlinge aus dem Osten auf.

Als Kind hat es mich sehr getroffen, dass meine kleine jüdische Freundin verschwunden war. Sie wohnte mit einer Tante gegenüber. Ich werde sie nie vergessen, denn sie hatte mir die Liebe zu Büchern nahegebracht.

Als der Krieg vorbei war, da ging es erst einmal nur ums Überleben. Viele Dokumentationen, Filme, Bücher und so weiter berichteten davon. Kaum et-

was davon ist übertrieben. Welches Glück ich empfunden habe, als ich eines Tages ein halbes Brot auf der Straße fand, das wird heute kaum jemand verstehen können.

Als ich den Artikel in der MAZ über Zossens braune Vergangenheit las, war ich sehr betroffen, dass es so viele Nazis auch bei uns hier gab.

Ich hoffe, dass mich mancher Leser verstehen kann, dass ich traurig bin, wenn junge Leute die Nazis verherrlichen und meinen, andere Völker und Rassen sind weniger Wert als sie. Um Kameradschaft, Abenteuer und Bestätigung zu finden, gibt es sehr viel mehr Möglichkeiten, als sich in braunem Kämpfertum zu vereinigen.

Die aufrechten Zossener Nazigeegner sollten nicht umsonst gelitten haben und gestorben sein.

Brigitte Klein, Zossen

Was ist sozial?

Das Schlagwort der neoliberalen Politiker, „Sozial ist, was Arbeit schafft“, hat mich immer wieder geärgert, denn es ist nur ein halber Satz ohne Substanz.

So habe ich mir einige Gedanken gemacht und aus diesem Schlagwort einen ordentlichen Satz gemacht, der auch als Schlagwort genutzt werden kann, besonders beim Wahlkampf.

Hier meine sozialen Gedanken: Sozial ist zum Beispiel, wenn alle arbeitsfähigen Arbeitnehmer eine wohnortnahe Arbeit finden, der Lohn die Kosten des normalen täglichen Lebens trägt und etwas übrig bleibt, um größere Anschaffungen, Reparaturen, Urlaub und Ähnliches zu finanzieren. Solche Arbeitsplätze müssen, sich tragend, durch Unternehmungen geschaffen und durch den Staat flankierend gefördert werden.

Ebenso muss der Staat für Kranke, Rentner, Arbeitslose, Kinderreiche und eine gute Ausbildung der Jugend Geld haben und bereitstellen, um allen Bürgern ein normales Leben zu sichern.

Weiterhin soll der Staat für Forschung, Zukunftsinvestitionen, eine gute Infrastruktur usw. sorgen.

Damit der Staat in der Lage ist, diese Aufgaben zu erfüllen, werden Steuern und Abgaben verschiedenster Art erhoben. Dafür ist eine solidarische Verteilung der Einkommen und Abgaben notwendig.

In kurzen Worten: Starke Schultern müssen größere Lasten tragen.

Seit 1990 sind die Gewichtungen der Verteilung aber gewollt zu Lasten der schwächeren Bevölkerungsschichten verschoben worden.

Lohndumping, Sozialabbau, Rentenklaue und Bildungsnotstand sind die Ursachen für die steigende Armut im

Allgemeinen und Kinderarmut im Besonderen.

Um diesen Teufelskreis zu durchbrechen, möchte ich eine oft missbrauchte Parole wesentlich verändern.

**Was gute Arbeit schafft, ist sozial.
Was Armut schafft, ist asozial.**

Rainer Weigt, Klein Schülzendorf



Sicherung des Lebensstandards auch nach der Lebensarbeitszeit

Der Parteivorstand der LINKEN und die Fraktion DIE LINKE. im Bundestag haben eine Rentenkampagne für 2008 und 2009 beschlossen.

Bereits auf dem Parteitag in Cottbus hat Klaus Ernst diese Kampagne vorgestellt, sie wurde nunmehr inhaltlich vervollständigt. Im Wesentlichen geht es darum, dass die Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung eine Lebensstandardsicherung gewährleistet und sich nicht auf Ersatz zur Verhinderung von Altersarmut beschränkt.

Dazu ist es notwendig, dass die Beschränkungsregelungen, die in der gesetzlichen Rentenversicherung unter der Regierung von Schröder und Merkel eingeführt wurden, wieder beseitigt werden.

Nicht alleine die Rentnergeneration, sondern die gesamte Gesellschaft ist zuständig für den Ausgleich, den der Generationswechsel in den nächsten Jahren zu bewältigen hat. Die gesetzliche Rentenversicherung muss als tragende Säule der Alterssicherung ausgebaut werden, das bedeutet, dass auch schrittweise weitere Erwerbstätige in diese Versicherung einbezogen werden und die private Rentenversicherung eine ausgesprochene Zusatzversicherung wird. Vorstand und Fraktion sind sich einig, dass der Eintritt in die gesetzliche Rente mit 67 Jahren unzumutbar ist und wieder beseitigt werden muss. Zu diesem und anderen aktuellen sozialen Problemen hat die Fraktion der LINKEN über 18 Geset-

zesvorlagen in den Bundestag allein im letzten Jahr eingebracht.

Dazu gehörten Vorlagen zur Abschaffung der Zwangsverrentung (mit einem Teilerfolg abgeschlossen), soziale Gerechtigkeit statt Generationenkampf, Einbeziehung der Bundestagsabgeordneten in die gesetzliche Rentenversicherung u.a.. Leider wurden wichtige Vorhaben von der Mehrheit der Abgeordneten abgelehnt. Andere liegen in den Ausschüssen und werden sicher im Herbst weiter im Bundestag behandelt.

Zu den Initiativen der Bundestagsfraktion gehören auch die gesonderten Rentenprobleme der älteren Generation im Osten der BRD. Bei weitem sind noch nicht alle Probleme der Rentenüberführung aus den 90er Jahren erledigt.

An der Spitze der Forderungen steht die schnelle Beseitigung der unterschiedlichen Rentenpunktwerte Ost zu West. Jeden Ersten im Monat bekommt ein „Ostrentner“ bei der Überweisung seiner Rente gesagt: „Du bist ein Ossi.“. Deshalb erhältst Du pro Rentenpunkt 3,22 Euro weniger Rente. Die Fraktion der LINKEN hat am 18.10.2007 im Bundestag einen Antrag zur Beseitigung dieser Ungerechtigkeit eingebracht. Übrigens hat nun auch die FDP-Fraktion eine Vorlage eingebracht, die zwar abweicht von den Vorstellungen der LINKEN, aber immerhin auch zur Lösung des Problems beitragen kann. Auch die Fraktion der

Grünen hat Initiativen angezeigt. Nur SPD und CDU bleiben bei der These: „Die Rente muss den Einkommen folgen.“, das bedeutet, vor 2019 passiert nichts.

Außer dieser wichtigen Vorlage wurden 17 weitere Anträge zu Überleitungslücken der Rentenüberleitung eingebracht. Dazu gehören bereits zugesagte Regelungen für das mittlere medizinische Personal, die Beseitigung der noch vorhandenen Straffrente für einige Versicherungsgruppen, die Regelung für mithelfende Familienmitglieder in der Landwirtschaft und dem Handwerk, für Geschiedene, für die technische Intelligenz und andere notwendige Regelungen.

Da Frau Merkel ihre Abgeordneten aufgefordert hatte, auch Vorschläge für ungelöste Rentenüberführungen vorzutragen, ist ein heißer Herbst in Fragen der Alterssicherung zu erwarten.

Die Fraktion der LINKEN und der Parteivorstand haben erklärt, dass dieses Thema eines der Grundthemen des Wahlkampfes wird und es wird sicher sein, dass die Regierung und insbesondere Minister Scholz keine Ruhe finden werden, bis es eine einvernehmliche Regelung geben wird.

Die Mitglieder der Partei DIE LINKE und ihre Sympathisanten sind aufgefordert, in den verschiedenen Wahlkampfaktionen, an Ständen und in Gesprächen diese Standpunkte weiter zu tragen.

R. Schiller, Blankenfelde

Nazis weggerockt....

Am 25. Juli wurde, wie angekündigt, das subversive Tanzbein geschwungen und das E-Werk zur antirassistischen Zone erklärt. Über 200 Menschen aus Berlin und Brandenburg kamen zur „Move-your-ass-and-your-mind-will-follow“-Party nach Zossen, um einen rebellisch alternativen Abend im Brandenburger Hinterland zu verbringen.

Unter dem Motto „**Keine Stimme den Nazis!**“ wollten wir ein klares Zeichen gegen faschistische Struktu-

ren in Teltow-Fläming setzen und zeigen, dass Mensch auch in Zossen ohne Nazis feiern kann. Hierbei haben wir uns besonders bei den Bands „The CROONERS“ und „The RICARDS“ zu bedanken, welche die Menge wirklich cool gerockt haben. Außerdem unterstützten uns die vielen lokalen AntifaschistInnen mit kreativen Gedanken und sorgten dafür, dass die Party ein voller Erfolg wurde. Für uns sind faschistische Strukturen und ras-

istische Ausgrenzung keine hinnehmbaren Zustände. Auf jeder gesellschaftlichen Ebene und zu jeder Zeit müssen Faschisten mit Blockaden rechnen, egal ob in der Schule, im Betrieb, in den Parlamenten oder eben im Partyclub.

Zossen war nur der Anfang -
Zu den Kommunalwahlen am 28. September – Keine Stimme den Nazis!

Linksjugend [‘solid] TF Nord

Notizen aus dem Karl-Liebknecht-Haus

aus erster Hand von Maritta Böttcher

Für eine Lösung im Interesse der Menschen

Die dramatische und gefährliche Situation in Südossetien und Abchasien verlangt nicht nur einen sofortigen Waffenstillstand, sondern auch den Beginn von Verhandlungen, die zu einer anhaltenden friedlichen und diplomatischen Lösung im Rahmen der OSZE und der UN führen.

Darin muss die Teilnahme aller involvierten Konfliktparteien, basierend auf dem Völkerrecht und UN-Grundsätzen, garantiert sein. Die abenteuerliche Entscheidung des Präsidenten von Georgien, den Konflikt auf militärischem Weg zu lösen – eine Problemlage, die seit über 18 Jahren besteht und ein Fall für OSZE-Verhandlungen ist –, hat nach der Intervention der russischen Truppen eine blutige Gewaltspirale in Bewegung gesetzt.

Die EL warnt davor, den Konflikt zu internationalisieren. Eine einseitige Einmischung würde nur zu einer weiteren Internationalisierung der Konfrontation führen.

Die Krise zeigt auch die ersten negativen Effekte des Falls Kosovo und verdeutlicht die drohenden Gefahren, die sich durch eine Vergrößerung der NATO abzeichnen. Gleichzeitig wird der Bedarf eines Ausbaus der OSZE deutlich.

Der Aufbau eines umfassenden europäischen Sicherheitssystems, das auf der Bewahrung von Frieden und der Ablehnung von militärischen Lösungen basiert und überdies die Form des Dialoges als einzige Zukunftsoption für das Lösen von Konflikten in Europa und der ganzen Welt etabliert, ist notwendiger denn je.

Unsere Anteilnahme gilt der Zivilbevölkerung, die wieder einmal am stärksten von den militärischen Auseinandersetzungen betroffen ist, den Opfern und den südossetischen und ge-

orgischen Flüchtlingen. Sie brauchen die sofortige medizinische und humanitäre Hilfe aus der EU.

Die einzige Lösung im Interesse der Menschen ist Frieden.

Rentenpolitik ist Armutszeugnis

Die Zunahme der Kosten für die Grundsicherung im Alter um 12,7 Prozent im letzten Jahr stellt eine krasse Zunahme von Altersarmut dar. Die Rentenkürzungspolitik von Rot-Grün bis zur Großen Koalition zeigt damit ihr wahres Gesicht: Senioren und Seniorinnen, die von ihrer Rente nicht leben können und im Alter den Weg zum Sozialamt antreten müssen.

Wenn die in den letzten Jahren politisch verursachte, millionenfache Altersarmut noch aufgehalten werden soll, muss die gesetzliche Rente gestärkt und solidarisch umgebaut werden: Die Dämpfungsfaktoren müssen abgeschafft werden, damit die Renten wieder mit der wirtschaftlichen Entwicklung Schritt halten können.

Beiträge für Zeiten der Kindererziehung und niedrigen Einkommens müssen höher bewertet werden – Solidarität statt privater Vorsorge muss das Motto der Rentenpolitik sein.

Huber versucht zu vertuschen

Den Vorwurf, DIE LINKE würde terroristische Organisationen unterstützen, kann man nur als ungeheuerliche Entgleisung bezeichnen.

Aus dem Munde Erwin Hubers, der Vorsitzender einer Partei ist, in der Stimmen gekauft wurden, in der unliebsame Mitglieder wie Frau Pauli bespitzelt wurden, in der der Rüstungsstaatssekretär und Strauß-Ziehsohn Pfahls sich von Waffenlobbyisten schmieren ließ und in der engste Beziehungen zum offensichtlich kriminell-



len früheren Siemens-Vorstand unterhalten wurden, hat ein solcher Vorwurf nur das Ziel, von den eigenen unglaublichen Machenschaften abzulenken.

Huber und Beckstein sind vonseiten ihrer Mitglieder und ihrer Wahlumfragen offensichtlich so unter Druck, dass ihnen jedes Mittel recht scheint, den politischen Gegner zu diffamieren.

Der Einzug der LINKEN in den bayrischen Landtag ist Voraussetzung dafür, dass die Macht der Amigo-Partei gebrochen wird.<



DIE LINKE.

**Miteinander
verändern!**



Eine Bundestagsabgeordnete aus unserer Region

Diana Golze hat das Wort

Dass das Produkt nun nicht Sozialticket heißen darf – geschenkt!

Ab dem 01. September 2008 darf das „Mobilitätsticket“ genutzt werden. Das Mobilitätsticket Brandenburg gilt grundsätzlich für alle Bahnen und Busse des VBB im Land Brandenburg. Es kann je nach persönlichem Bedarf für verschiedene Tarifstufen erworben werden – vom Tarif für eine kreisfreie Stadt bis zum Tarif für drei Landkreise. Innerhalb des Geltungsbereiches können die Bahnen und Busse innerhalb eines Monats beliebig oft benutzt werden. Das Mobilitätsticket Brandenburg gilt nicht für Fahrten nach Berlin.

Nähere Informationen gibt es unter: www.vbbonline.de/download/pdf/VBB_Flyer_Mobilitaetsticket.pdf, in meinem Bürgerbüro in der Großen Straße 2 in 14913 Jüterbog oder unter der Telefonnummer 03372 / 432691.

Nun kommt es darauf an, dass möglichst viele der Berechtigten das Ticket

auch beantragen und nutzen. Eine reguläre Monatskarte für den Landkreis Teltow-Fläming kostet 77,40 Euro. Für das Mobilitätsticket ist lediglich ein Betrag von 38,70 Euro fällig. Die Initiatoren der Volksinitiative wollen, dass künftig das Ticket auch für Berlin gilt. Innerhalb eines Verkehrsverbundes sollte das doch wohl zu machen sein. Hier ist die Landespolitik gefragt.

DIE LINKE wird sich im Landtag weiter dafür einsetzen.

DIE LINKE

Haste schon gehört?

In DIE LINKE sind immer noch die Alten von früher . . .!

Besonders vor Wahlen wird darüber geschwätzt bzw. gemeckert.

Meine Fragen:

- Wo sollen die denn sein, die noch linke Ideale haben und sozial denken?! Und eine andere Partei – was wäre da anders?

- Haben SPD, FDP, CDU, CSU und Grüne keine „Altguthaben“?

- Welches Fundament haben die Rechten?

Sind sie wirklich Schläfer aus der DDR oder doch Überläufer und Vertriebene der BRD nach der Devise: Dem Osten können wir alles in die Schuhe schieben?

Meine Antwort:

- Parteien mit ganz Neuen gab es vor Jahrhunderten, als Vordenker ihren Ideen eine Form gaben.

- Es gibt bei Menschen: geradlinige, querdenkende, querköpfige bis hin zu bösartigen mit vielen Facetten.

- Jeder Bürger darf sich in die Gesellschaft einbringen.

- Es ist nur die Frage: Wem gibt man Zeit und Raum?

Christa Peter, Luckenwalde

Das Sozialticket kommt, es darf nur nicht so heißen

Ab dem 01. September 2008 gilt das „Mobilitätsticket“. Seit dem 01.08.2008 sollte es zu erwerben sein.

Inzwischen hat der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) die Einzelheiten veröffentlicht. Die Volksinitiative „Für ein Sozialticket in Brandenburg“ hat die Landesregierung „überzeugt“. Das Volksbegehren musste deshalb nicht zu Ende geführt werden.

Familien-Studien bestätigen DIE LINKE

„Alle drei Untersuchungen beweisen, wie wichtig der Kampf gegen Kinderarmut und für mehr soziale Gerechtigkeit ist“, erklärt Diana Golze zu den Studien von Forsa, dem Institut der deutschen Wirtschaft und von Ehapa zur Situation von Eltern und Kindern.

Laut der Studie von Forsa befürchtet die Mehrheit der Eltern, dass es ihren Kindern künftig schlechter gehen wird als ihnen selbst. Sie würden gern Beruf und Familie vereinbaren, leiden aber unter fehlenden Kita-Einrichtungen. Dies bestätigen die Forderungen der LINKEN nach einem schnelleren gebührenfreien Kita-Ausbau sowie unsere Konzepte zur familienfreundlichen Arbeitswelt.

Das Institut der deutschen Wirtschaft hebt die Wichtigkeit von Kitas gegen Kinderarmut hervor, fordert aber öffentliche Gelder für private Betreiber. Ersteres sehen wir ähnlich,

wir sind aber der Überzeugung, dass die Privatisierung der Kita-Landschaft und der Jugendhilfe gerade die soziale Spaltung und Kinderarmut verschärft.

Die Ehapa-Studie betont zunächst, dass Kinder und Jugendliche von heute viel Geld zur Verfügung haben, weist aber auch darauf hin, wie stark der Unterschied zwischen Armut und Reichtum bereits im Kindesalter fortgeschritten ist.

Wer Kinderarmut und Kita-Mangel bekämpfen will, darf nicht auf mehr Privatisierung setzen. DIE LINKE steht für eine sozial gerechte Familienpolitik. Schwerpunkte dabei sind ein Ganztags-Rechtsanspruch auf elternbeitragsfreie Kinderbetreuung und eine bedarfsorientierte Kindergrund-sicherung.

Diana Golze

TRANSPARENT

LINKE POLITIK IM LANDTAG

Die Landtagsabgeordnete Kornelia Wehlan zu aktuellen Themen:

Sprechstunde unter freiem Himmel ...

Wie in jedem Jahr in der sitzungsfreien Sommerzeit bereiste die Landtagsabgeordnete der Partei DIE LINKE, Frau Kornelia Wehlan, ihren Direktwahlkreis 24, um für die Bürgerinnen und Bürger des ländlichen Raumes Sprechstunden unter freiem Himmel abzuhalten.

Gemeinde Niederer Fläming Schlenzer

Am ersten Tag führte die Tour in die Gemeinde Niederer Fläming. An der Bushaltestelle Schlenzer warteten schon die Dorfbewohnerinnen, um einerseits ihrer Freude über die Skater-Strecke Ausdruck zu verleihen, andererseits aber auch um die Finger auf so manche wunde Stelle zu legen.

So z. B. ist die Bushaltestelle vom nicht richtig abfließenden Regenwasser schon in Mitleidenschaft gezogen. Auch bahnt sich das Regenwasser seinen Weg auf die angrenzenden Grundstücke.

Ferner gibt es Probleme in puncto Verkehrssicherheit, weil Autofahrer die Skaterbahn benutzen und somit skatende und Rad fahrende Kinder gefährdet werden.

Wie gut, dass zum gleichen Zeitpunkt der verantwortliche Bauleiter der Kreisverwaltung für die Skaterbahn und weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung sowie Vertreter des Landesverkehrsträgers vor Ort waren.

Sie versprochen, dass das Problem des Regenwasserabflusses an der Haltestelle kurzfristig gelöst wird. Auch werde der Sicker in der Kurve erweitert und befestigt.

Zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit sollen Poller eingesetzt werden. Da es sich aber um eine Landesstraße handele, muss zunächst die

Zustimmung des Landesverkehrsträgers eingeholt werden.

Am Dorfplatz warteten schon die nächsten Schlenzeraner, um über weitere Sorgen zu berichten.

So bedauern sie sehr, dass die weiterführende Schule in Werbig geschlossen wurde, und sie übten Kritik an der übernehmenden Wiesenschule in Jüterbog. Ferner wurde von ihnen kritisiert, dass die Jugendlichen aus Schlenzer sich nun wieder an der Bushaltestelle treffen, da das Grundstück des bisherigen Jugendklubs an den ASB verkauft wurde und die Container als neues Domizil immer noch nicht aufgestellt wurden. So lasse sich bei Heranwachsenden keine Heimatverbundenheit entwickeln.

Als weiteres Problem wurde die wassermäßige Versorgung der Feuerwehr angesprochen.

Da die vorhandenen Feuerlöschteiche zum Teil zugewachsen sind, ist Schlenzer wassermäßig unterversorgt.

Lichterfelde und Werbig

Nächster Halt war die Gemeindeverwaltung in Lichterfelde, wo Frau Wehlan sogleich den Bürgermeister, Herrn Werner, informieren konnte. Danach ging es nach Werbig.

Hier sprachen die Bürgerinnen und Bürger an, dass aufgrund der Mautgebühren für die Autobahn das Verkehrsaufkommen an LKW auf der Bundesstraße B102 stark zugenommen habe und erste Straßenschäden sichtbar sind. Des Weiteren wurde kritisch bemerkt, dass Erwerbstätige zum Teil von ihrer Hände Arbeit nicht leben können und dies u.a. dazu führt, dass junge Leute in die alten Bundesländer bzw. ins Ausland abwandern und dass auch dadurch Handwerksbetriebe sterben.



Hohenseefeld

Zur Mittagszeit in Hohenseefeld traf Frau Wehlan auf überwiegend zufriedene Dorfbewohnerinnen, zufrieden darüber, dass nicht nur die Versorgung mit den Dingen des täglichen Bedarfs in Hohenseefeld möglich ist, sondern dass es auch noch die Friseurin, die Physiotherapie und die Zahnärztin vor Ort gibt. Aber auch in Hohenseefeld wurde der zunehmende LKW-Verkehr kritisch erwähnt.

Herbersdorf

Mittagsruhe herrschte offensichtlich bei den Dorfbewohnern beim anschließenden Besuch in Herbersdorf. Deshalb wurden in diesem südlichsten Zipfel des Landkreises die Bürgerinnen und Bürger durch Flyer in ihren Briefkästen über linke Politik informiert.

Wiepersdorf, Welsickendorf

In Wiepersdorf und Welsickendorf wurden die Dorfbewohner mit Flyern der Landtags- und der Bundestagsfraktion versorgt. Bürgergespräche in Welsickendorf hatten die Entwicklung der örtlichen Landwirtschaft, die Abwanderung junger Leute und die Auswirkungen des zunehmenden LKW-Verkehrs zum Inhalt.

Über die Gespräche am zweiten bzw. dritten Tag im Raum Niedergörsdorf sowie Dahme/ Mark berichten wir in der nächsten Ausgabe.<

Sag ich´s meinem Enkel ?

Ich gestehe freimütig, ich habe meine Enkelkinder belogen und betrogen. Ich habe mich noch nicht einmal dafür entschuldigt.

Alle meine Erlebnisse und Geschichten über die DDR, in der ich gelebt, geliebt, gelacht, gelernt und studiert habe, sind erstunken und erlogen.

Die Fotos mit lachenden Kindern aus der Schulzeit und aus der Freizeit sind gestellt oder sogar gefälscht.

Ich habe bewusst vergessen zu erzählen, dass es in der DDR nur gequälte Menschen gegeben hat.

Ich habe meinen Enkelkindern nicht erzählt, dass Christen kein Abitur machen durften und sogar Pfarrerkinder nicht studieren konnten (Frau Dr. Merkel kann das bestätigen.).

Wer nicht Zwangsmitglied in der SED war, der musste täglich bangen, in den Stasi-Knast gesteckt zu werden.

Meine Kinderbücher, wie z.B. „Tinko“, die „Reise nach Sundevit“, „Ottokar Domma“, „Heik und Paul“, „Egon und das achte Weltwunder“ u.a. habe ich nicht vernichtet und frevelhaft meinen Enkelkindern geschenkt. Dafür muss ich mich auch noch entschuldigen.

Meine Versuche, differenziert über das Leben in der DDR zu erzählen und natürlich auch die Defizite aufzuzeigen, waren völlig untauglich, denn ich habe mich nicht zuerst an die Bayern gewandt, um mir die nötige Information über das wahre Leben in der DDR zu besorgen.

Zumindest hätte ich mich an das katholische Mädchengymnasium in Aachen wenden können, um die Wahrheit über mein Leben zu erfahren.

Mein persönliches Leben taugt also nicht, um die gegenwärtig gewünschte Wahrheit zu vermitteln. Warum habe ich nicht die einfache und tumbere Denkweise von Minister Schönbohm übernommen: Man besuche den Stasi-Knast in Hohenschönhausen und das Gesamtbild über die DDR ist perfekt (Um Missverständnissen zu begegnen: Auch das muss in ein DDR-Bild einfließen, aber eben nicht nur das.).

Kann es uns da wundern, dass wir abgestraft werden und immer noch als Menschen zweiter Klasse gelten? 20 Jahre nach der Wende erhalten die Rentner ob der geringeren Rentenwertpunkte immer noch geringere Renten und die Löhne sind im Osten auch niedriger. Wir haben es nicht an-

ders verdient, weil wir der Vorgabe vom ehemaligen Minister Kinkel, „Man muss die DDR auf allen Gebieten delegitimieren.“, nicht folgen.

Ich schlage vor, dass jede ostdeutsche Familie einen bayrischen Vormund für ihre Kinder erhält. Natürlich nicht umsonst, mit Buschzulagen haben unsere Helfer ja genug Erfahrungen.

Kurz nach der Wende kam eine Abordnung eines Heimatvereines aus Bayern nach Lehnin.

Sie wollte den Bürgern dabei helfen, die alten Seilschaften zu zerschlagen und den unsäglichen Ortsnamen des russischen Diktators abzustreifen.

Diese Geschichte wollte ich zunächst nicht glauben, aber nunmehr stelle ich alle meine Erfahrungen und mein Wissen selbst infrage.

Ich bin also lernfähig und die Entschuldigung bei meinen Enkelkindern hole ich ganz bestimmt nach, großes Pionierehrenwort.

Vorwärts zur Wahrheit, die uns wieder einmal vorgeschrieben wird!

*Dr. Rudolf Haase,
Luckenwalde*



KOMMUNALWAHLEN 2008

Kerstin Kaiser unterwegs

Kerstin Kaiser, die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg, führt in Vorbereitung der Kommunalwahlen eine Tour durch die Landkreise durch.

Am Donnerstag, dem 25.09.2008, bereist sie den Kreis Teltow-Fläming.

Um 09.00 Uhr trifft sie sich mit dem Amtsdirektor Dahme/Mark, Herrn Pätzig, dem Bürgermeister von Dahme/Mark, Herrn Willweber und

den Schulleiterinnen, Frau Rindt und Frau Thier, sowie weiteren Akteuren im Rathausaal in Dahme/Mark. Unter dem Arbeitsthema „Daseinsvorsorge im ländlichen Raum“ möchte sie sich zum Finanzausgleichsgesetz, zur Bildungspolitik und zu anderen Fragen verständigen.

Anschließend ist sie im Raum Jüterbog und abends ab 18.00 Uhr trifft sie sich auf Einladung der Kreistags-

fraktion mit Kandidatinnen und Kandidaten im Kreishaus Luckenwalde.

Neben zwei Talk-Runden können wir Kerstin und Jörg Kaiser mit ihrem Programm „Deutschlandlieder“ erleben.

Schon jetzt laden wir dazu herzlich ein.

*Brigitte Paul
Luckenwalde*



Gabriele Krone-Schmalz: Was passiert in Russland?

Beim Lesen dieses Buches wurde ich sehr stark an China erinnert.

Nicht etwa weil die Probleme sich ähneln, das kann ich nicht objektiv beurteilen, aber die Art der Berichterstattung ist deckungsgleich.

Wenn pauschale Verurteilung und moralische Entrüstung zu einer gewaltigen Diskrepanz zwischen der Realität im Land und der Wahrnehmung führen und zusätzlich immer wieder mit zweierlei Maß gemessen wird, dann kann nur ein Ziel damit verfolgt werden – Schaffung neuer Feindbilder.

Und nicht nur die Autorin kommt am Ende des Buches zu dem Schluss, dass der Titel des Buches verändert werden könnte zu „Was passiert mit Russland?“. Die Autorin, die als Russlandkorrespondentin viele Jahre die Entwicklung in diesem Land hautnah erlebt hat, setzt sich in diesem Buch damit auseinander. Sie spart kein Thema aus. Kritisch analysiert sie die Hauptprobleme und deckt schonungslos die Rolle des Westens auf. Pressefreiheit, Tschetschenien, Energie, Wirtschaft, die Rolle von Gorbatschow, Jelzin und Putin sind nur eine Auswahl



der Themen, die sie bearbeitet. Sie schreibt spannend und immer wieder wird ihre Liebe zu Russland und die Achtung vor den Menschen deutlich. Ich kann es nur weiterempfehlen – es lohnt sich.

Marianne Richter

Rechtsextremismus im Land Brandenburg Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch ...

Im Rahmen einer Kreisvorstandssitzung fand ein interessanter Vortrag die Zustimmung der Zuhörer.

Zwei Mitarbeiter des Verfassungsschutzes des Landes Brandenburg vermittelten einen Lagebericht über die Aktivitäten der Rechtsextremisten in unserem Bundesland und diskutierten gemeinsam mit den Anwesenden, wie dem am wirkungsvollsten zu begegnen ist.

Einige Zahlen, die erschrecken. Die Mitgliederzahlen der NPD sind von 230 auf 250 angestiegen.

Es gibt im Land Brandenburg 26 rechtsextreme Bands, die 2007 vierzehn rechtsextremistische Konzerte veranstaltet haben – die bisher höchste Anzahl überhaupt.

In Sachsen waren es 50 Konzerte. Kein Grund, die Zahl in Brandenburg zu verharmlosen.

Die NPD wird zu den Kommunalwahlen in Brandenburg antreten. Ihr Ziel, in allen Kommunen Kandidaten bereitzustellen, wird zwar nicht aufgehen, aber auch das kann nicht unbedingt zur Beruhigung beitragen. Sie wird mit der DVU gemeinsam versuchen, in möglichst viele Parlamente einzuziehen. Im Land Brandenburg existieren sechs Kreisverbände. Nicht alle dieser Verbände sind so organi-

siert, dass sie kontinuierlich politisch aktiv werden, für Einzelaktivitäten stehen sie aber zur Verfügung.

Siebzig home pages propagieren rechtsextremistische Inhalte, öffentlich und frei abrufbar für jeden.

Nicht nur die Zahlen sollten wachrütteln, auch die Einflussnahme der Rechtsextremisten auf bestimmte Bevölkerungsschichten.

Die Kinder und Jugendlichen sind Ziel ihrer Aktivitäten. Familienfeste werden organisiert, in Sport- und anderen Vereinen werden Rechtsextreme aktiv, übernehmen Funktionen, machen sich unentbehrlich. Dabei wird ganz nebenbei rechtes Gedankengut verbreitet.

Themen wie z. B. : „Jugend braucht Perspektive“, „Arbeitsplätze für Deutsche“, „Ausländerkriminalität“ sind beliebte Parolen und Wahlkampfhits.

Leider fallen diese Aussagen auch viel zu häufig auf fruchtbaren Boden.

Noch ein Wort zu unserem Landkreis Teltow-Fläming. Es gibt keine festen Strukturen, aber ernst zu nehmende freie Kräfte, die sich zu den Rechtsextremisten hingezogen fühlen.

Alles bisher Genannte ist Grund genug, dagegen zu halten.

Aber wie?

Auf keinen Fall ignorieren.

Demokratie beginnt von unten. Es ist jeder Einzelne gefragt. Unter der Überschrift: - Wehret den Anfängen! - gegen Rechtsextremisten sowie rechte Parolen auftreten. Alle Rechtsmittel müssen ausgeschöpft werden, dass den rechten Rattenfängern keine öffentliche Plattform geboten werden kann. Besonders in den Familien, Schulen und Jugendeinrichtungen muss über die wahren Inhalte und Ziele der Rechtsextremisten aufgeklärt werden.

Bei den Kommunalwahlen am 28. September müssen wir überzeugend deutlich machen, dass in unserem Land der Rechtsextremismus keine Chance hat.

*Marianne Richter,
Mitglied des Kreisvorstandes*



Ludwigsfelde: Linke Liste aufgestellt.

Mit fünfzehn Kandidaten tritt die Partei DIE LINKE in der Stadt Ludwigsfelde und ihren Ortsteilen zur Wahl an.

Auf einer Gesamtmitgliederversammlung im Juli wurden die Kandidaten nominiert.

Auf Platz 1 steht Peter Dunkel, gefolgt von Angelika Linke und Erika Dahlke. Von den fünfzehn Kandidaten sind vier Frauen. Besonders freuen wir uns, dass fünf Kandidaten noch keine 40 Jahre alt sind.

Bei der Auswahl gingen wir neben der fachlichen Kompetenz auch vom Bekanntheitsgrad des jeweiligen Kandidaten aus, den man z. B. beim Präsidenten des Karnevalsclubs und dem Inhaber eines Sportgeschäfts wohl vorzusetzen kann.

Unser Spitzenkandidat und langjähriger Fraktionsvorsitzende Peter Dunkel erläuterte das Wahlprogramm. In den Grundsätzen mit dem Kreiswahlprogramm übereinstimmend, setzte er ortsspezifische Schwerpunkte.

Eine Wiederwahl vorausgesetzt, wird sich die Fraktion neben der Erhaltung von Schulen, Kultur- und Sportstätten dafür einsetzen, dass endlich ein Stadtzentrum entsteht, in den Kitas und Horten mobile Arbeitskräfte eingesetzt werden sowie die Verkehrsverbindung nach Potsdam verbessert wird.

Als besonders wichtig erachtet Genosse Dunkel die Berufung sachkundiger Bürger in die Ausschüsse.

Viel Arbeit liegt noch vor uns, aber wir packen´s an mit Tatkraft und Optimismus.

Renate Klettke, Ludwigsfelde

Der Kreisvorstand, die Basisorganisation Nuthe-Urstromtal sowie die Redaktion gratulieren herzlich unseren
Genossen

Christa und Klaus Wetzel
zur Goldenen Hochzeit
am 12. September 2008



Glückwünsche

Harry Gebauer in Luckenwalde zum 72. Geburtstag am 02.09.
Werner Schulze in Luckenwalde zum 81. Geburtstag am 02.09.
Manfred Klein in Luckenwalde zum 77. Geburtstag am 04.09.
Sonja Ratsch in Jüterbog zum 72. Geburtstag am 09.09.
Diethild Steffen in Blankenfelde zum 74. Geburtstag am 11.09.
Inge Beck in Blankenfelde zum 74. Geburtstag am 12.09.
Dieter Schenk in Blankenfelde zum 77. Geburtstag am 12.09.
Frieda Schutty in Jüterbog zum 84. Geburtstag am 12.09.
Gisela Ernst in Blankenfelde zum 83. Geburtstag am 15.09.
Horst Röber in Luckenwalde zum 76. Geburtstag am 15.09.
Renate Klettke in Ludwigsfelde zum 72. Geburtstag am 18.09.
Luise Grunitz in Jüterbog zum 81. Geburtstag am 19.09.
Erna Künstner in Luckenwalde zum 86. Geburtstag am 20.09.
Werner Brehmer in Jüterbog zum 83. Geburtstag am 21.09.
Horst Bukowski in Ludwigsfelde zum 78. Geburtstag am 25.09.
Inge Splettstößer in Zossen zum 76. Geburtstag am 25.09.
Helga Mostowy in Blankenfelde zum 78. Geburtstag am 27.09.
Anna Waterstradt in Luckenwalde zum 86. Geburtstag am 28.09.
Siegmund Schöne in Ludwigsfelde zum 79. Geburtstag am 30.09.
Peter Anders in Jüterbog zum 71. Geburtstag am 03.10.
Gotthard Beer in Rangsdorf zum 78. Geburtstag am 03.10.
Klaus-Joachim Heise in Blankenfelde zum 81. Geburtstag am 03.10.
Irma Hamann in Woltersdorf zum 76. Geburtstag am 08.10.

Herzliche Glückwünsche

*senden die Basisorganisationen und
Vorstände den Jubilaren, die einen runden Geburtstag begehen*

Ilse Sachse in Ludwigsfelde zum **80.** Geburtstag am 02.09.
Walter Falke in Mellensee zum **80.** Geburtstag am 06.09.
Conrad Irrgang in Zossen zum **60.** Geburtstag am 08.09.
Annelore Müller in Luckenwalde zum **75.** Geburtstag am 10.09.
Ingo Thiedemann in Mahlow zum **45.** Geburtstag am 13.09.
Gerda Steffen in Jüterbog zum **80.** Geburtstag am 14.09.
Lothar Hummel in Dahlewitz zum **75.** Geburtstag am 15.09.
Stefan Klettke in Berlin zum **35.** Geburtstag am 15.09.
Gerhard Krahlich in Jüterbog zum **85.** Geburtstag am 17.09.
Monika Nestler in Hennickendorf zum **55.** Geburtstag am 19.09.
Reinhard Fromm in Gölsdorf zum **65.** Geburtstag am 20.09.
Gerhard Schliebener in Niebendorf-Heinsdorf zum **70.** am 25.09.
Gertrud Kutschenreuter in Dahlewitz zum **95.** Geburtstag am 26.09.
Annelies Englert in Ludwigsfelde zum **85.** Geburtstag am 04.10.
Lutz Haenicke in Zossen zum **65.** Geburtstag am 06.10.
Detlev Schiemann in Mahlow zum **60.** Geburtstag am 10.10.

Termine

- 04.09.08 09.00 Uhr**
Infostand Markt Jüterbog
- 04.09.08 14.30 Uhr**
Beratung Seniorenkommission
Geschäftsstelle Jüterbog
- 04.09.08 17.30 Uhr**
Wahlteam Jüterbog
Geschäftsstelle Jüterbog
- 05.09.08 ab 09.00 Uhr**
Infomobil in Luckenwalde
- 05.09.08 09.00 Uhr**
Öffentliche Plakataktion
Jüterbog
- 05.09.08 11.00 Uhr**
Infostand und Plakatierung
NETTO Altes Lager
- 06.09.08 12.00 Uhr**
Infomobil Raum Jüterbog
- 06.09.08**
Behindertenolympiade Trebbin
mit Maritta Böttcher
- 10.09.08 14.00 Uhr**
Seniorenachmittag
Kultur- und Grillfest mit Bassing
light und Petzi's Kinderland
Kulturquartier Jüterbog
- 11.09.08 17.30**
Wahlteam Jüterbog
Geschäftsstelle Jüterbog
- 13.09.08 09.00 Uhr**
Infostand REWE Jüterbog
- 15.09.08 19.30 Uhr**
Beratung Kreisvorstand
Geschäftsstelle Luckenwalde
- 17.09.08 14.00 Uhr**
Redaktionssitzung
Geschäftsstelle Luckenwalde
- 20.09.08 09.00 Uhr**
Infostand Plus Markt
Zinnaer Vorstadt Jüterbog
- 23.09.08 09.00 Uhr**
Infostand Markt Jüterbog
- 24.09.08 09.00 Uhr**
Infostand Dahme/Mark
- 25.09.08**
Infotour mit Infomobil
Region Teltow-Fläming Süd
- 25.09.08**
Infotour mit Kerstin Kaiser
- 25.09.08 18.30 Uhr**
Kulturveranstaltung
mit Kerstin Kaiser
Kreishaus Luckenwalde
- 26.09.08**
Beginn des 48-Stunden-Wahl-
kampfes
- 28.09.08**
Kommunalwahl
- 28.09.08 18.00 Uhr**
Wahlparty
Luckenwalde, Jüterbog
- 02.10.08 14.30 Uhr**
Beratung Seniorenkommission
Geschäftsstelle Jüterbog
- 02.10.08 18.30 Uhr**
Beratung Regionalvorstand
Geschäftsstelle Jüterbog
- 10.10.08 16.00 Uhr**
Gesamtmitgliederversammlung
Luckenwalde
Gaststätte „Eckbusch“

Nachruf

Wir haben erfahren, dass unser
ehemaliger Genosse

Herbert Weise

am 05.08.2008 verstorben ist.

Wir werden ihm ein ehrendes
Andenken bewahren.

Basisorganisation Rangsdorf
Kreisvorstand Teltow-Fläming

Miteinander verändern!

Unsere Zeitung ist in der Bundes-
arbeitsgemeinschaft für linke Me-
dienmacher „rote reporter“ vertreten.



**Mitglied
werden**

IMPRESSUM

Herausgeber: DIE LINKE, Kreisverband Teltow-Fläming, V.i.S.d.P.: Petra Haase

Geschäftsstellen:

14943 Luckenwalde, Zinnaer Str. 36 Tel.: 0 33 71/63 22 67 Fax: 63 69 36

Internet: www.dielinke-teltow-flaeming.de

E-Mail: info@dielinke-teltow-flaeming.de

14913 Jüterbog, Große Str. 62 Tel.: 0 33 72/43 26 91 Fax: 44 30 33

E-Mail: dielinke.jueterbog@t-online.de

14974 Ludwigsfelde, A.-Tanneur - Str. 17 Tel.: 0 33 78/51 06 53 o. 51 06 54

E-Mail: ludwigsfelde@dielinke-brandenburg.de

Spendenkonto: 363 302 7415 BLZ: 160 500 00 bei der Mittelbrandenb. Sparkasse

Redaktionsschluss: 13. August 2008, der nächsten Ausgabe: 17. September 2008

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen. Leserbriefe und Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht.